aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

49 Sonderausgabe Februar 2025 — gegen Spende

rso revolutionär sozialistische organisation

Wählen wir die eigene Kraft zur Veränderung!

In der letzten Woche vor den Bundestagswahlen wird wieder über Abschiebungen diskutiert, nachdem ein Syrer einen 14-Jährigen in Österreich erstochen hat und ein Afghane in München mit seinem Auto in eine ver.di-Demonstration gefahren ist. Die 37-jährige Amel und ihr 2-jähriges Kind sind an den Verletzungen gestorben. Ihre Familie und Freunde haben eindringlich gefordert, „dass der Tod und der Verlust nicht benutzt werden, um Hass zu schüren und ihn politisch zu instrumentalisieren“.

Streikdemo der BVG am 10. Februar

Doch das ist denen egal, die mit Spaltung und Hetze versuchen, letzte Stimmen zu gewinnen und von den sozialen Problemen im Land abzulenken. Einem Markus Söder zum Beispiel, der nun wöchentliche Abschiebeflüge nach Afghanistan in die Taliban-Diktatur fordert. Aber auch die SPD stößt in dasselbe Horn und will unbedingt weitere Abschiebungen nach Afghanistan.

Welche Sicherheit?

Die Politiker:innen der großen Koalition von AfD, CDU/CSU, FDP und SPD, aber auch die meisten Medien tun so, als ob Geflüchtete eine Riesengefahr für unser aller Leib und Leben darstellen würden und als ob Abschiebungen für mehr Sicherheit sorgen würden. Das ist eine dreiste Lüge! Die aktuellsten Kriminalstatistiken (von 2023) führen 1.121 aufgeklärte Tötungsdelikte in Deutschland auf. Nur in 64 Fällen davon waren Geflüchtete tatverdächtig. Natürlich ist jeder Mord einer zu viel, aber es ist unverantwortlich, wie Unsicherheit und Rassismus geschürt werden, indem Einzelfälle mit Geflüchteten als Tätern aufgebauscht werden. Es ist die kapitalistische Gesellschaft, die Menschen verroht und zu Verzweiflungstaten bringt. Mehr Geld für Soziales und für Psycholog:innen würde ein Vielfaches an Sicherheit bringen, während die Asylrechtsverschärfungen die Unsicherheit für geflüchtete Menschen in Not verschärft, ohne irgendwelche Attentate zu verhindern.

Viele Hunderttausende sind in den letzten Wochen gegen den Rechtsruck auf die Straße gegangen, allein in München waren es am 8. Februar weit mehr als eine Viertelmillion. Das zeigt, wie viele Menschen zu Recht empört sind und es nicht hinnehmen wollen, dass in diesem Wahlkampf immer mehr rechte Hetze betrieben wird und der womöglich nächste Kanzler Friedrich Merz mit der AfD gemeinsam das Asylrecht abschaffen will.

In vielen Reden auf diesen Demonstrationen wurde die Zusammenarbeit von CDU und AfD skandalisiert, aber kaum die Inhalte ihrer Politik. Und so versuchen SPD und Grüne sich im Wahlkampfendspurt als Verteidiger:innen „der Demokratie“ zu präsentieren, während sie selbst genauso Migrant:innen zu Sündenböcken abstempeln, um von anderen Problemen abzulenken. Im TV-Duell mit Merz hat sich Scholz damit gebrüstet, dass in seiner Kanzlerschaft die Zahl der Abschiebungen um 70 % gestiegen sei. Und nach ein paar gegenseitigen Beschimpfungen gab es ein herzliches Händeschütteln. Merz und Scholz verstehen sich und wer weiß, vielleicht regieren sie bald wieder zusammen.

(Fortsetzung nächste Seite)

USA

Trump demaskiert das kapitalistische System

Seite 3

(Fortsetzung von Seite 1)

Die große Koalition der Ablenkung

Das ganze Getöse zu Migration auf allen Kanälen und das Wetteifern darum, wer am meisten abschiebt, ist ein Segen für die Superreichen und die Großkonzerne, die uns auf der Tasche liegen und uns aussaugen. Denn die großen Parteien planen weitere Angriffe gegen uns alle. Sie reden darüber, dass man „die Wirtschaft“ wieder in Schwung bringen müsse, und bereiten Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen und Geschenke an Konzerne vor.

Die geplanten Steuersenkungen der CDU würden dem reichsten Prozent der deutschen Bevölkerung weitere 28 Milliarden zuschustern. Ganz ähnlich die Pläne von FDP und AfD, die auch das Arbeitslosengeld von 12 auf 6 Monate halbieren will. Gleichzeitig soll immer weiter aufgerüstet werden und deshalb müssen wir uns auf ständig neue Kürzungspläne bei Sozialem, Gesundheit, Bildung, Nahverkehr, öffentlichem Wohnungsbau etc. einstellen. Also auf eine Politik zu Lasten der Niedriglöhner:innen, der Familien mit wenig Geld, von Wohnungssuchenden usw.

Das sind die wirklichen Gefahren, die uns drohen! Um diese Angriffe durchzusetzen, müssen sie uns ablenken und spalten. Deshalb die ganze Migrationsdebatte, deshalb das Ausspielen von Bürgergeldempfänger:innen gegen die „fleißigen Niedriglöhner“.

Zusammenhalten, jetzt erst recht!

In diesen Tagen sieht man bei Streiks in Berlin und bundesweit, wer wirklich zusammengehört und Verbesserungen durchsetzen kann: Am 17. Februar streikten die Kolleg:innen der BVG, dem Berliner städtischen Nahverkehrsunternehmen. 6.000 entschlossene Kolleg:innen zogen von der BVG-Zentrale zum Finanzsenator. In den letzten vier Inflationsjahren sind sie leer ausgegangen, nun fordern sie 750 € mehr für alle. Am Donnerstag und Freitag waren es die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die in den Arbeitskampf traten.

Nachdem der mutmaßliche Attentäter in München in eine Streikdemonstration gefahren ist, gab es Betroffenheitsbekundungen von Politiker:innen, aber kein Wort zum Grund, weshalb die Menschen auf der Straße waren. Dabei sind ihre Forderungen zum Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD) mehr als berechtigt: 8 % mehr Lohn, mindestens aber 350 Euro, sowie 3 freie Tage mehr.

Alle Arbeitenden gemeinsam halten das Leben in diesem Land am Laufen. Wir haben dieselben Interessen und können sie alle gemeinsam am wirkungsvollsten durchsetzen, wenn wir uns jeder Spaltung entgegenstellen. Streiks, Mobilisierungen, Arbeitskämpfe haben das Potential mehr zu verändern als das Kreuz am Wahltag.

» Alle Arbeitenden gemeinsam halten das Leben in diesem Land am Laufen. Wir haben dieselben Interessen und können sie alle gemeinsam am wirkungsvollsten durchsetzen, wenn wir uns jeder Spaltung entgegenstellen. Streiks, Mobilisierungen, Arbeitskämpfe haben das Potential mehr zu verändern als das Kreuz am Wahltag. «

Für eine Welt ohne Grenzen, Krieg und Ausbeutung!

In diesem Sinne treten auch revolutionäre Kandidatinnen von der RSO und von RIO in drei Wahlkreisen zur Bundestagswahl an, Franziska Thomas (RSO) in Tempelhof-Schöneberg und Inés Heider (RIO) in Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg Ost, sowie Leonie Lieb (RIO) in München Mitte/West. Sie sind keine Wirtschaftsberater oder Rechtsanwältinnen, sondern als Sozialarbeiterinnen und Hebamme Leute wie du und ich mit den gleichen Sorgen und Problemen.

Sie wollen im Wahlkampf ein Kampfprogramm für die Arbeitenden sichtbar und hörbar machen: Ein Kampf gegen alle Entlassungen, mindestens 650 Euro mehr und kein Einkommen unter 2.000 Euro netto. Sie wollen nicht spalten, sondern zusammenführen: All diejenigen, die immer wieder in ihrer materiellen Existenz bedroht sind und malochen müssen um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Deshalb fordern sie Bleiberecht für alle und stellen sich gegen Gewalt an Frauen und LGBTQI*. Eine Stimme für diese Direktkandidatinnen ist ein Ausdruck des Vertrauens in die eigene Kraft als Arbeiterinnen und Arbeiter. ■

Richard Lux, Berlin

CDU-Wahlplakate nach der Demo gegen rechts in Berlin am 2. Februar

Trump demaskiert das kapitalistische System

Die Trump-Regierung hat in den ersten Wochen ihrer Amtszeit eine Flut an Anordnungen und Angriffen auf verschiedene Teile der Bevölkerung veranlasst. Das ist eine Strategie, die darauf abzielt, die Menschen in Schock zu versetzen und einzuschüchtern, sie zu überwältigen und zu desorientieren — um die Aufmerksamkeit von der Schuld der Reichen abzulenken. Elon Musks aggressiver Hitlergruß, dessen offene Unterstützung der extrem rechten AfD und die Kumpelei mit Merz von der CDU sind offensichtliche Beispiele für die Zuneigung der Superreichen zu faschistischen Ideen ...

In den ersten Trump-Wochen gab es viele De-facto-Schließungen von Behörden und „feindliche Übernahmen" von Regierungsbehörden durch Ersetzen des Leitungspersonals durch extrem rechte Trump-Gefolgsleute, massenhafte Entlassungen von Angestellten und das Einfrieren von Geldern (USAid, Medicare, Medicaid, Umweltbehörde EPA, etc.). Das alles erzeugt ein Gefühl des Chaos. Während die Trump-Regierung das tut, will sie gleichzeitig die Mittel für Sozialprogramme massiv kürzen, die Steuern für die Reichen senken, die Macht und Kontrolle des Präsidentenamtes und die imperiale Vorherrschaft der USA auf der Welt ausweiten.

Manche dieser Attacken sind nur Theater. Viele sind offensichtlich verfassungswidrig und könnten vor Gericht zu Fall gebracht werden. Aber sie sollen seiner Anhängerschaft demonstrieren, dass er seine Versprechen hält. Dennoch sind viele dieser Angriffe auch sehr real und werden wahrscheinlich echten Schaden anrichten, selbst wenn ein Gericht sie irgendwann stoppt.

Das National Labor Relation Bord (NLRB) ist ein typisches Beispiel. Das NLRB wurde 1935 gegründet, um die „Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" zu regeln und damit zu versuchen, Aufstände der Arbeiter:innen gegen das Elend der wirtschaftlichen Krise zu stoppen. Damit setzte es aber zumindest auch minimale Rechte für die Arbeiter:innen und die Gewerkschaften durch, welche Musk, Bezos und Co ein Dorn im Auge sind. Seit Trump ist die Behörde nicht mehr funktionsfähig. Elon Musk und Jeff Bezos hatten Klagen eingereicht, um das NLRB für verfassungswidrig erklären zu lassen. Jetzt, da Trump das NLRB so gut wie lahmlegt hat, müssen sie sich keine Sorgen mehr machen. Sie können ihre Angestellten nun noch rücksichtloser ausbeuten und müssen sich nicht einmal mehr um die staatliche Aufsicht sorgen!

öffentlichkeitswirksame Abschiebungen, die im Fernsehen sogar live übertragen werden, und die offene Militarisierung der Grenze an die Oberfläche gebracht. All dies soll Angst erzeugen und zielt darauf, die Bevölkerung weiter zu spalten.

> » Viele der Angriffe und Maßnahmen sind nicht neu. [...] Aber mit Trump ändern sich die Methoden. Sie sind brutaler und ihre Zielrichtung offensichtlicher. «

Viele der Angriffe und Maßnahmen sind nicht neu. Sowohl die Demokraten als auch die Republikaner regieren immer im Interesse der Reichen auf Kosten der arbeitenden Klasse, auch wenn sie so tun, als wäre es ganz anders. Aber mit Trump ändern sich die Methoden. Sie sind brutaler und ihre Zielrichtung offensichtlicher.

Das kapitalistische System lässt sich nicht mehr schönreden

Wir sehen dies bei Trumps Angriffen auf die Migrant:innen. Migrant:innen auszubeuten und gleichzeitig zu Sündenböcken für alle möglichen Ungerechtigkeiten und Probleme zu machen, ist ein Merkmal des kapitalistischen Systems, unabhängig davon, wer gerade an der Macht ist. Die letzte Biden-Regierung hat mehr Migrant:innen abgeschoben als unter Trumps erster Amtszeit. Aber unter Trump wird der abscheuliche Hass auf Migrant:innen, der Teil dieses Systems ist, durch rassistische Rhetorik,

Sozialprogramme zu kürzen, um haufenweise Geld an die Reichen zu zahlen, war schon immer Teil des Repertoires demokratischer und republikanischer Regierungen. Doch indem er Elon Musks DOGE-Team (Department Of Government Efficiency = neu geschaffene „Behörde" für Regierungseffizienz) losschickt, um staatliche Programme zu kürzen und Regierungsangestellte willkürlich zu entlassen, nutzt Trump die Macht des Präsidentenamtes für einen beispiellosen Angriff. Programme für humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, zur Regulierung von Unternehmen und zur Bereitstellung minimaler Unterstützung für Bildung, Gesundheitsversorgung und vieles mehr sollen zerschlagen werden. Das ist die Grundlage für Trumps massive Steuersenkungen für die Wohlhabendsten und zielt darauf ab, diejenigen Regierungsstellen zu schwächen, die kometenhaften

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Seite 3)

Gewinnen und uneingeschränkter Konzernmacht im Wege stehen könnten.

Es herrscht das „Recht des Stärkeren“

Trump empfing als ersten ausländischen Besucher im Weißen Haus den israelischen Premierminister Netanjahu, einen angeklagten Kriegsverbrecher, der den Völkermord an den Palästinenser:innen orchestriert. Auf der Pressekonferenz sagte Trump, dass die USA Gaza übernehmen und besetzen würden, alle Palästinenser:innen in die arabischen Nachbarstaaten vertreiben und aus Gaza einen „Diamanten“ im Nahen Osten machen würden. Schon der bisherige Präsident Biden hat die vollständige Zerstörung des Gazastreifens durch Israel unterstützt. Trump spricht nur offen aus, was Israel und die USA wirklich über die Palästinenser:innen denken. Der US-Imperialismus schert sich nicht um „internationales Recht“.

Trump hat auch direkt mit dem russischen Präsidenten Putin Eckpunkte für eine Beendigung des Krieges in der Ukraine besprochen. Auch wenn das Ende dieses mörderischen Krieges dringend nötig ist, so hat die ukrainische Bevölkerung schlicht nichts zu melden, wenn die Großmächte USA und Russland unter sich die Region aufteilen. Selenskyj, Präsident dieses „kleinen“ Landes, kämpft verzweifelt um einen Platz am Katzentisch und bietet als Verhandlungsmasse Rohstoffvorkommen, die für die Chip-Industrie und E-Autos nötig sind. Aber auch für Biden und seine EU-Partner waren die ukrainischen Menschen bloß Spielfiguren in einem größeren Spiel der imperialistischen Mächte.

Eine von vielen Protestaktionen vor Tesla-Geschäften in den USA, hier in Berkeley.

Die Biden-Regierung mag versucht haben, als eine freundlichere Version dieses kapitalistischen Systems zu erscheinen. Trump vertritt dasselbe System, aber ohne jegliche Heuchelei: Rassismus, Sexismus, Ungleichheit und Brutalität sind für alle sichtbar.

Wenn Trumps Partner wie Musk und Vance nun die AfD hofieren und der CDU schmeicheln, dann weil sie darauf setzen, dass diese ebenso brutal die Agenda der Reichen und internationalen Konzerne durchpeitschen werden.

Aber wir dürfen nicht vergessen, dass ihr gesamtes System ohne Arbeiter:innen nicht funktionieren kann. Jetzt ist nicht die Zeit, abzuwarten und zu sehen, was passiert. Jetzt ist es an der Zeit, sich zu äußern, aufzustehen und damit zu beginnen, unsere Kräfte zu bündeln. ■

Sabine Müller, Berlin

Hier findet ihr uns online

Deutschland
www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich
www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

Sozialismus oder Laberei

IMPRESSUM | Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/WIRmachenDRUCK
Verantw. Redakteur: Klaus Kirschner c/o Stefan Bommer, Bildungsgesellschaft für Arbeiter*innen, Sonnenallee 152, 12059 Berlin